

6978/J XXV. GP

Eingelangt am 12.11.2015

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Walter Rosenkranz
und weiterer Abgeordneter

an die Bundesministerin für Bildung und Frauen
betreffend **vermuteter Postenschacher in einem SPÖ-geführten Ressort bei der Ausschreibung „Leitung der Gruppe I/A im BMBF (Allgemein bildende höhere Schulen; Abteilungen I/1 bis I/4)“**

Wie im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ vom 22. September 2015 zu sehen ist, planen Sie anscheinend eine größere Umbildung in Ihrem Ressort, da darin insgesamt 16 Stellen im Bereich des BMBF ausgeschrieben sind. Eine der ausgeschriebenen Stellen betrifft die „Leitung der Gruppe I/A im BMBF (Allgemein bildende höhere Schulen; Abteilungen I/1 bis I/4)“:

GZ: BMBF-17.712/0010-Pers./2015



Leitung der Gruppe I/A im BMBF

Gemäß § 2 Abs. 1 Ziffer 2 Ausschreibungsgesetz 1989, BGBl. Nr. 85, wird die Funktion der Leiterin der Gruppe I/A (Allgemein bildende Schulen; Abteilungen I/1 bis I/4) im Bundesministerium für Bildung und Frauen öffentlich ausgeschrieben.

Diese Funktion ist der Verwendungsgruppe A/A1, Funktionsgruppe 7 bzw. der Entlohnungsgruppe Bewertungsgruppe v1/5, zuzurechnen und gemäß § 141 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1973 bzw. § 98 Verbedienstetengesetz 1948 durch befristete Befragung für einen Zeitraum von fünf Jahren zu besetzen.

Wertigkeit:	A1/7 bzw. v1/5
Dienststelle:	BM für Bildung und Frauen
Dienstort:	BM für Bildung und Frauen - Zentralstelle, Wien
Vertragsart:	befristet
Befristung:	fünf Jahre
Beschäftigungsausmaß:	Vollzeit
Region der Tätigkeit:	ehestmöglich
Ende der Bewerbungsfrist:	22. Oktober 2015
Monatsbezug/entgelt mindestens:	Fixgehalt/Fixes Monatsentgelt A1/7 - EUR 8.391,- brutto bzw. v1/5 - EUR 7.937,- brutto

Aufgaben und Tätigkeiten

In den Aufgabenbereich dieser Gruppe fallen insbesondere:

- Implementierung von Bildungsentwicklungs- und -reformprojekten im Bereich Allgemeinbildung; v standardisierte Reifeprüfung, neue Oberstufe, Umsetzung der Qualitätsentwicklungs- und Sicherungstative Schulqualität Allgemeinbildung (SQA)
- Schaffung von bestmöglichen Bedingungen für das Lernen und Lehren sowie für die Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler unter Berücksichtigung der sprachlichen und kulturellen Diversität im österreichischen Bildungswesen
- Bestmögliche Wahrnehmung der schulführenden Aufgaben, der Kooperation der Verantwortlichen in verschiedenen allgemeinbildenden Schularten sowie der Entwicklung von inklusiven Settings in der Allgemeinbildung in enger Abstimmung mit dem berufsbildenden Schulwesen
- Ausbau der schulischen Kulturarbeit sowie der lehrplanbegleitenden Kulturaktionen im In- und Aus

Voraussetzungen für die Bewerbung um diese Funktion sind:

Allgemeine Voraussetzungen:

Abschlossenes Hochschulstudium oder gleichwertiger Abschluss

Besondere Kenntnisse und Fähigkeiten:

1. Umfassende Kenntnisse der Aufbauorganisation (insbesondere der allgemeinbildenden Schulen), der Währungsprozesse und der rechtlichen Grundlagen des Bildungssystems; Erfahrung und Kompetenz in der Umsetzung von bildungspolitischen Reformvorhaben
2. Erfahrung in der Entwicklung und Umsetzung strategischer Steuerung im Bildungsbereich auf Schichtstufen von Politik, Verwaltung, Praxis und Wissenschaft
3. Mehrjährige Führungserfahrung, Projektleitungserfahrung und praktische Erfahrung im Projektmanagement in pädagogischen Bereichen mit inhaltlicher, struktureller, budgetärer und personeller Verantwortung
4. Erfahrung in der Führung von Verhandlungen mit Schulbehörden, Schulaufsicht, Interessensvertretern, Sozialpartnern, NGOs etc.
5. Fremdsprachenkenntnisse
6. Fähigkeit zu strategischem und analytischem Denken; Erfahrung und Verständnis für ressortübergreifende Zusammenhänge; Fähigkeit zur Lösung komplexer Aufgaben; Erfahrung in der Verhandlungsführung und Verhandlungsgeschichte
7. Zielorientierung, Innovationsfähigkeit, Kontaktfähigkeit, Entscheidungsfreude; Organisationsfähigkeit; besondere Eignung zur Mitarbeiter/innen- und Teamführung sowie hohes Maß an sozialer Kompetenz

Gleichbehandlungsklausel

Der Bund ist bemüht, den Anteil von Frauen zu erhöhen und lädt daher nachdrücklich Frauen zur Bewerbung ein. Nach § 11b bzw. § 11c des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes werden unter den dort angeführten Voraussetzungen Bewerberinnen, die gleich geeignet sind wie der bestgeeignete Bewerber, bei der Aufnahme in den Bundesdienst bzw. bei der Befragung mit der Funktion bevorzugt.

Bewerbungsunterlagen, Verfahren und Sonstiges

Als Bewerbungsunterlagen sind beizubringen:

Bewerbungsgesuch, Lebenslauf samt Zeugnisse sowie konzeptive Leitvorstellungen für die Aufgabenerfüllung der Gruppe sowie eine Darlegung der Gründe, die den Bewerber bzw. die Bewerberin für die Ausübung der ausgeschriebenen Funktion verbundenen Anforderungen von den Bewerberinnen und Bewerbern erwartet werden. Der Prozentsatz gibt an, mit welcher Gewichtung die besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten bei der Beurteilung der Eignung jeweils berücksichtigt werden.

Gemäß § 8 Abs. 2 Ausschreibungsgesetz 1989 enthält die Ausschreibung neben den allgemeinen Voraussetzungen, die jedenfalls erfüllt sein müssen, jene besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten, die für die Erfüllung der mit der ausgeschriebenen Funktion verbundenen Anforderungen von den Bewerberinnen und Bewerbern erwartet werden. Der Prozentsatz gibt an, mit welcher Gewichtung die besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten bei der Beurteilung der Eignung jeweils berücksichtigt werden.

Gemäß § 5 Abs. 2a des Ausschreibungsgesetzes 1989 sind ferner Erfahrungen aus qualifizierten Tätigkeiten oder Praktika in einem Tätigkeitsbereich außerhalb der Dienststelle erwünscht.

Gemäß § 8 Abs. 8 Ausschreibungsgesetz 1989 gilt als Tag der Bewerbung der Tag, an dem die Bewerbung (schriftlich, Telefax, E-Mail) bei der in der Ausschreibung genannten Stelle einlangt (Postlauf wird nicht berücksichtigt).

Der Monatsbezug beträgt mindestens 7.937,- Euro.

Er erhöht sich eventuell auf Basis der gesetzlichen Vorschriften durch anrechenbare Vordienstzeiten.

Kontaktinformation

Bewerbungsgesuche sind innerhalb eines Monats nach Verlautbarung dieser Ausschreibung im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ unter Angabe der Gründe, welche die Bewerberin bzw. den Bewerber für die Ausübung dieser Funktion als geeignet erscheinen lassen, unmittelbar in der Personalabteilung des Bundesministeriums für Bildung und Frauen, 1014 Wien, Minoritenplatz 5 oder per E-Mail an personalabteilung@bmbf.gv.at unter Angabe der Geschäftszahl (GZ BMBF-17.712/0010-Pers./2015) einzubringen.

Eine unabhängige Kommission erstellt ein Gutachten über die Eignung der Bewerberinnen und Bewerber, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind.

Dieses Gutachten dient der Frau Bundesministerin als Entscheidungsgrundlage.

Allfällige Kosten im Zusammenhang mit der Bewerbung bzw. dem Auswahlverfahren werden nicht ersetzt.

Ansprechperson:

Abteilungsleiterin Mag. Simone Hoffmann
Bundesministerium für Bildung und Frauen

Leiterin der Personalabteilung
1014 Wien, Minoritenplatz 5
Tel.: +43 1 531 28-3000
E-Mail: simone.hoffmann@bmbf.gv.at

Wien, 17. September 2015

Für die Bundesministerin:
Mag. Simone Hoffmann

47019

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Angesichts dessen legt die og Stellenausschreibung des BMBF den Schluss nahe, dass mit dieser Stelle eine Person aus dem SPÖ-nahen Umfeld der derzeitigen Ressortchefin versorgt werden soll.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Bildung und Frauen die folgende

Anfrage

1. Auf welcher Grundlage erfolgte die og Stellenausschreibung?
2. Aufgrund welcher Stellenbeschreibung erfolgt die Besetzung?
3. Waren die zur og Stelle gehörigen Agenden bisher auf andere Organisationsbereiche Ihres Ressorts verteilt?
4. Auf welche Organisationsbereiche Ihres Ressorts waren die zur og Stelle gehörigen Agenden bisher verteilt?
5. Wird es aufgrund der og Stelle zur teilweisen oder vollständigen Auflösung anderer, bisheriger Organisationsbereiche Ihres Ressorts kommen?
6. Welche Verwendung ist für den bzw. die bisherigen Stelleninhaber der von der og Stellenausschreibung betroffenen bisherigen Organisationsbereiche Ihres Ressorts vorgesehen?